

Dringliche Anfrage

Hannover, den 06.12.2021

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vierte Corona-Welle: Was wurde im Jahr 2021 zur Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Schulverkehr getan?

„Was wird die Landesregierung gegen überfüllte Schulbusse unternehmen?“ (Drucksache 18/7520) war der Titel einer Kleinen Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 8. September 2020 im Zuge der sogenannten zweiten Corona-Welle. Über ein Jahr später stellt sich erneut die Frage nach der Sicherheit von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Schulen, aber auch auf dem Schulweg. Eine Entzerrung des Unterrichtsbeginns an Schulen kann eine wirksame und praxistaugliche Maßnahme gegen überfüllte Busse zu Schulbeginn und -ende sein. Zum einen würde sich allein wegen der gestaffelten Anfangszeiten das Fahrgastaufkommen besser verteilen. Zum anderen könnten die Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen die Busse mehrmals fahren lassen. Auch das würde das Fahrgastaufkommen pro Fahrt deutlich reduzieren. Die Kinder und Jugendlichen wären in der Lage, die Abstandsregeln einzuhalten. Beispielsweise entzerrte die Stadt Lübeck den Bustransport der Schülerinnen und Schüler zu den Schulen in der Innenstadt, indem die Schulen ihre Anfangszeiten änderten. Gemeinsam einigten sich die Hansestadt, der Stadtverkehr und die Schulen darauf. Außerdem wurden zu Stoßzeiten drei zusätzliche Busse eingesetzt (PM Hansestadt Lübeck vom 20. November 2020). Laut Verkehrsexperten müssten die Unterrichtszeiten deutlich entzerrt werden, um einen wirksamen Effekt erzielen zu können. Es sei beispielsweise ein Zeitkorridor von mindestens 7.40 Uhr bis 8.30 Uhr statt lediglich von 7.50 Uhr bis 8.10 Uhr nötig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Hinweise auf überfüllte Schulbusse im Herbst 2021 bzw. Hinweise darauf vor, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund überfüllter Schulbusse nicht in der Lage waren, den nötigen Abstand einzuhalten, um die Ansteckungsgefahr mit COVID-19 zu reduzieren? Wenn ja, in welchem Umfang und in welchen Landkreisen?
2. Ist nach Ansicht der Landesregierung die Ansteckungsgefahr mit COVID-19 für Schülerinnen und Schüler in Schulbussen gleichwertig, höher oder niedriger im Vergleich zur Situation in den Klassenräumen?
3. Woran ist bislang eine deutliche Ausweitung der Unterrichtsstaffelung - z. B. von 7.40 Uhr bis 8.30 Uhr - gescheitert, und welche Bemühungen gab es auf Landesseite, dies landesweit umzusetzen?

Gerald Heere

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 06.12.2021)